Margit Mayer

Städtische soziale Bewegungen

1 Einleitung

Während die städtischen Bewegungen der 70er und frühen 80er Jahre im Kontext einer breiten Bewegung (die ihre Wurzeln in der antiautoritären Revolte der 60er Jahre hatte) standen und sich in massiven Auseinandersetzungen um städtische Infrastruktur, Häuserkämpfe und später Instandbesetzerbewegungen manifestierten (vgl. Forschungsjournal NSB 4/90), ist das städtische Bewegungsterrain der 90er Jahre ausdifferenzierter und vielfältiger. Die heutigen Oppositionsbewegungen in der Stadt sind ungleich heterogener und fragmentierter und spielen widersprüchliche Rollen. Dieser Beitrag erklärt die Heterogenität dieses Bewegungsbereichs, indem er die Entwicklung der städtischen Bewegungen auf ihren Kontext der städtischen Umstrukturierung und die Transformation des lokalen Staats bezieht. Er identifiziert hier eine politische Gelegenheitsstruktur' strukturell neuer Konfliktlinien und veränderter Möglichkeiten, die die Ausdifferenzierung der städtischen Bewegungsszene befördert und beeinflußt hat.

Das Kapitel gruppiert die komplexe Bewegungslandschaft aus Stadtteil-, Wohnungs-, Umwelt- und Beschäftigungsaktivitäten, die sowohl mit kommunalen Behörden kooperieren als auch als Protest und Opposition auftreten, in drei verschiedene Strömungen und diskutiert diese im Kontext der veränderten Formen von Stadtentwicklung und Stadtpolitik. Dabei werden die neuen Formen kompetitiver Stadtentwicklungspolitik und der zunehmende lokale ökonomische Interventionismus für ebenso wichtig erachtet wie die Erosion des lokalen Wohlfahrtsstaats und die Öffnung des lokalpolitischen Systems, die sowohl wirtschaftspolitische als auch sozialpolitische Bereiche erfaßt hat. In einem zweiten Teil werden die Probleme und Perspektiven der heutigen städtischen Bewegungen skizziert, die sich aus einer solchen Analyse der Ergebnisse der Stadtforschung und der Bewegungsforschung ergeben.

2 Entwicklungen in der Stadtpolitik: eine neue politische Chancenstruktur für soziale Bewegungen

2.1 Routinisierte Kooperation

In allen Städten haben lokale Bewegungen auf die in den 80er Jahren einsetzenden Öffnungen des lokalpolitischen Systems reagiert. Die Strategie vieler

Kommunen, nicht-staatliche Akteure, inklusive Dritt-Sektor-Organisationen und vormalige Bewegungsorganisationen bei der Entwicklung und Implementierung von (alternativen) Dienstleistungen, in der Wohnungsversorgung und Wirtschaftsentwicklung einzusetzen, trug zur Verstetigung vieler Bewegungsaktivitäten und zur Stabilisierung der Bewegungsinfrastruktur bei. Gleichzeitig schuf sie neue Gelegenheitsstrukturen und Interventionsmöglichkeiten für bislang in der Kommunalpolitik nicht etablierte Gruppen (Seile 1991; Mayer 1994; Froessler et al. 1994; Lipietz 1996; Adam 1997; Catterall et al. 1997; Schmid 1998).

Die Etablierung alternativer Sanierungsträger, die Einführung von Selbsthilfeförderprogrammen und die Finanzierung von Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen und für Initiativen auf dem Zweiten Arbeitsmarkt geschah keineswegs über Nacht und verlief selten reibungslos, aber bis Mitte der 80er Jahre waren hier die sogar im internationalen Vergleich besonders autonomen und anti-staatlich eingestellten bundesdeutschen Bewegungsprojekte Empfänger von ‚Staatsknete' oder fanden sich als Modellprojekte im Rahmen von kommunalen Beschäftigungs- und Sozialprogrammen. Seither hat sich die Beteiligung von Stadtteil- und Bewegungsgruppen in verschiede- nen Politikfeldern routinisiert. Selbst in den neuen Bundesländern wurden die Bürgerbewegungen von 1989 bald von städtischen Bewegungen ersetzt, die rasant den Professionalisierungs- und Formalisierungslevel erreichten, auf dem westdeutsche Gruppen viel allmählicher angekommen waren, was durch die Förderangebote und Arbeitsmarktinstrumentarien, die ab 1991 aufgelegt worden waren, ausgelöst wurden (Rucht et al. 1997). Während die Program- me und Initiativen zunächst bereichsspezifisch organisiert waren - in der Stadterneuerung, in sozialen oder Frauenprojekten - und nur ein Teil explizit mit ökonomischer Reproduktion und Arbeitsmarktproblemen befaßt war (vgl. Mayer 1987), wird inzwischen ein ‚ganzheitlicher', d.h. übergreifender Ansatz betont. Diese Entwicklung kam nicht nur deshalb zustande, weil Arbeitsplatzsicherung und soziale Absicherung innerhalb der Alternativszene selbst ein wichtiges Thema geworden war, sondern vor allem auch weil die Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten seit Ende der 80er Jahre die Projekte mehr und mehr in Richtung Arbeitsmarktanschluß drängten.

Diese Formen von Partnerschaften und die damit gegebenen neuen Inklusionsprozesse haben allerdings auch zu neuen Ausdifferenzierungsprozessen und sogar Konflikten innerhalb des Bewegungssektors geführt. Denn die (ehemaligen) Bewegungsorganisationen, die sich in entsprechende Finanzierungs- und Implementationsprogramme eingeklinkt haben, sind nun den Gefahren institutioneller Integration bzw. der ‚NGOisierung' ausgesetzt, und ihre eigene demokratische Substanz ist keineswegs gesichert (vgl. Fehse 1995; Lang 1995; Roth 1994). Wenn die in Revitalisierungs- und Beschäftigungsprogramme oder in sonstige Partnerschaftsarrangements einbezogenen Organisationen nicht intensiv auf die Durchsetzung ihrer eigenen, ursprünglichen Ziele achten, wird ihre Energie leicht mit dem Verwalten der Beschäftigungs- und Woh-

nungsprobleme von Gruppen aufgebraucht, deren Marginalisierung über die normalen Verteilungsmechanismen des Arbeits- und Wohnungsmarkts ansonsten den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Stadt bedrohen könnte (vgl. Amin et al. 1998).

Insgesamt gesehen erhöht jedoch die wachsende Angewiesenheit kommunaler Verwaltungen auf solche (ehemaligen) Bewegungsorganisationen, um die komplexer werdenden Widersprüche in der heutigen Stadt klein zu arbeiten, die Chancen für spürbaren Bewegungs-Input. Im Maß wie diese Angewiesenheit in verschiedenen Formen routinemäßiger Kooperation zwischen Lokalstaat und Bewegungsorganisationen mittlerweile institutionalisierten Ausdruck gefunden hat (v.a. in den Bereichen Stadtteilentwicklung, klientennahe Dienstleistungen, Frauenzentren etc.), beginnen diese neuen Partnerschaftsstrukturen, auch die Interaktion zwischen Lokalstaat und anderen lokalen Bewegungen, die nicht in solche Partnerschaftstrukturen eingebunden sind (siehe 2.2 und 2.3), zu beeinflussen. Schwindende Steuerungsressourcen und -kompetenzen des lokalen Staats erhöhen den Druck auf die lokalen politischen Eliten, mit Bewegungsvertretern innerhalb der neu geschaffenen Kanäle und intermediären Strukturen zu verhandeln, die im Laufe der Welle von Routinisierung alternativer Bewegungsarbeit im Kontext kommunaler (Beschäftigungs- und Revitalisierungs-)Programme geschaffen wurden. So können auch Bewegungen, die auf die Verbesserung des Gebrauchswerts der Stadt für bestimmte Bevölkerungsgruppen zielen, von der neuen intermediären Kultur und den Institutionen innovativer Verhandlungssysteme, runder Tische und neuen Foren profitieren (vgl. Bühler 1997). Allerdings sind diese neuen Verhandlungsstrukturen genauso für weniger progressive, fremden- feindliche und anti-soziale Bewegungen, die sich seit Anfang der 90er Jahre ebenfalls in deutschen Städten ausgebreitet haben, offen.

2.2 Bewegungen gegen die neue Stadtentwicklungspolitik

Neue kompetitive Formen der Stadtentwicklung setzen allerorten darauf, den jeweiligen Standort' in der internationalen Konkurrenz um Investoren, höherwertige Dienstleistungen und Megaprojekte attraktiv zu machen. Lokalpolitische Akteure betonen ökonomische Innovation, bemühen sich um unternehmeri- sche Kultur, und versuchen, die Arbeitsmarktflexibilität zu steigern, um der in- tensivierten regionalen und globalen Konkurrenz zu begegnen (vgl. Keating 1993; Ettlinger 1994; Mayer 1994; Storper/Scott 1995; Hall/Hubbard 1998). Zwar verfolgte städtische Politik auch früher schon unternehmerische Strategien, aber nun ist sie explizit darauf ausgerichtet, die jeweiligen Voraussetzungen - ökonomischer wie nicht-ökonomischer Art - für Unternehmen bereit zu stellen und lokale Innovation zu fördern. Dabei werden sämtliche gesellschaftlichen Bereiche diesen ökonomischen Prioritäten zunehmend untergeordnet.

Insbesondere für größere Städte bedeutet diese Reorientierung, daß von der Produktion der gebauten Umwelt bis hin zu den Prioritäten der Kommunalhaushalte alles auf die Funktion der Stadt als ‚Kommandozentrale' (Sassen 1995: 7) ausgerichtet wird. Konkret impliziert dies beispielsweise den Aus- und Umbau der Innenstädte zu produktionsorientierten Dienstleistungszentren. Eine solche intensive tertiäre Entwicklung in den zentralen Vierteln und der Ausbau entsprechender neuer Infrastrukturprojekte haben jedoch für die ansässige Bevölkerung oft unerwünschte Konsequenzen, denn ihre Folgen sind Gentrifizierung und Verdrängung, zuviel Verkehr und Umweltverschmutzung sowie häufig der Verlust traditioneller öffentlicher kultureller oder infrastruktureller Angebote.

Protestbewegungen gegen diese Effekte entfalteten sich entweder auf der Basis existierender Netzwerke und Organisationen oder sind neu entstanden. Sie umfassen sowohl defensive, pragmatische Bewegungen, die bestehende Lebensqualität oder Privilegien zu verteidigen suchen (manchmal progressiv, umweltbewußt und einschließend, andernorts jedoch nach dem St. Florians-Prinzip oder xenophob und ausschließend), als auch politisierte und militante Auseinandersetzungen darüber, wem die Stadt gehören soll, wie z.B. in Anti-Gentrifizierungs-Kämpfen und in Bewegungen gegen sonstige Formen von Wachstumspolitik.[1] Diese letztgenannten Bewegungen werden oft direkt durch neue stadtpolitische Instrumente und Strategien städtischen Umbaus ausgelöst, deren negative Auswirkungen und deren mangelnde demokratische Beteiligungsmöglichkeiten sie attackieren. An der zunehmenden Projektepolitik (Großprojekte, Festivalisierungsmaßnahmen, Attraktion von Mega-Ereignissen, Sport- und Freizeit-Paradiesen etc.) kritisieren sie die räumliche und zeitliche Konzentration, die bewirkt, daß die Effekte nicht der Stadt als ganzer und sämtlichen Stadtbewohnern zugute kommen. Protestkampagnen in sol- chen Zusammenhängen werfen damit Fragen demokratischer Planung auf, die städtische Eliten in ihrer zunehmenden Ausrichtung auf interregionale und internationale Konkurrenz gern ausblenden. Darüber hinaus haben sie das Potential, verstreute und eher kleinräumig operierende Bewegungsgruppen in breiten Koalitionen zusammenzuführen, was beispielsweise in der NOlympia-Kampagne in Berlin 1991 bis 1993 gelungen ist. Ein wichtiger Akteur in solchen Kampagnen sind häufig autonome Gruppen, die bewußt auf die Rolle von Image-Politik abzielen: Weil Image-Politik eine so herausragende Rolle in der globalen städtischen Konkurrenz spielt, versuchen sie, Image-zerstörende Aktionen zu entwerfen, um ihre Stadt weniger attraktiv für große Investoren und Spekulanten zu machen.

Von der Bewegungsforschung am ausgiebigsten beforscht sind die meist von Mittelklasse-Akteuren getragenen, auf die Verteidigung von Lebensqualität zielenden Mobilisierungen zum Schutz der heimischen Umgebung - vor zuviel Verkehr, zuviel Entwicklung oder sonst einem Projekt, das man ungern im eigenen Stadtteil sieht. Es liegen eine Reihe von Fallstudien vor, die belegen, daß solche Gruppen sich heutzutage schnell und pragmatisch eine Band-

breite von Handlungsrepertoires und Taktiken aneignen, von Unterschriftensammlungen über politisches Lobbying und Gerichtsverfahren bis hin zu Straßenkonfrontationen. Dabei beklagen die Forscher häufig die Tatsache, daß solche Bürgerinitiativen immer weniger von den Zielen sozialer Gerechtigkeit geleitet werden als noch während der 70er Jahre. Stattdessen seien die Ziele und Praxis jetzt von partikularen Interessen und/oder der Verteidigung privilegierter Lebensbedingungen bestimmt (vgl. Krämer-Badoni 1990; Krämer-Badoni/Söffler 1994). Aber es liegen auch - allerdings weit weniger - Fallstudien von lokalen Bewegungen vor, deren - aus Arbeiter- und Mittelklassen kommenden - Teilnehmer gegen Autobahnpläne, Autoverkehr, Wohnungsnot oder umweltvergiftende Produktionsstätten und Risiko-Anlagen mobil machen, mit denen Unterschichts- und Immigrantenquartiere überproportional belastet werden.

2.3 Neue Armutsbewegungen

Schließlich hat sich die Qualität, kommunaler ‚Sozialstaatlichkeit' grundlegend gewandelt (Hanesch 1997). Parallel zur Dualisierung der Arbeitsmärkte und der Ausweitung prekärer und informeller Arbeitsverhältnisse produziert auch der Umbau des lokalen Wohlfahrtsstaats selbst, gekoppelt mit der Erosion traditioneller sozialer Rechte, neue und breitere Formen von Marginalität und Armut, deren lediglich sichtbarster Ausdruck die wachsenden Zahlen städtischer Obdachloser sind (Breckner/Kerscher 1994; Hanesch 1994; Pohl/Schäfer 1996; Farwick 1998; Klagge 1998;). Zusätzlich erlassen immer mehr Städte Anti-Obdachlosen-, Anti-Bettler-, und Anti-Besetzer-Verordnungen und entwickeln neue Methoden, ihre zentralen Geschäftsviertel ‚sauber' zu halten, weil das Image von Städten eine solch wichtige Rolle in der Standortkonkurrenz angenommen hat. Maßnahmen wie die Aussetzung' von Obdachlosen am Stadtrand oder die Zerschlagung' offener Drogenszenen, die im Verlauf der 90er Jahre immer breitere Anwendung fanden, machen nicht nur deutlich, daß verschiedenen Submilieus bestimmte innerstädtische Räume streitig gemacht werden, sondern auch, daß sozialfürsorgerische Maßnahmen zunehmend zugunsten repressiver und strafender Behandlungsweisen aufgegeben werden (vgl. spacelab 1997).

Gegen die zunehmende Ausgrenzung und wachsende Ungleichheit in der Stadt haben sich sowohl Bewegungen von Betroffenen (neue Armutsbewegungen) als auch eine Bandbreite von ‚Fürsprechern' organisiert, die von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden über kommunale Bündnisse bis hin zu politischen Aktivistengruppen und anti-rassistischen Initiativen reichen (Stiftung Mitarbeit 1995; Blum 1996; Mette/Steinkamp 1997; Bartelheimer/von Freyberg 1997; Rein 1997). Da die Ressourcen der neuen Armutsbewegungen primär in ihren Körpern und ihrer Zeit bestehen, ist ihre Form des Protests meist spontan und episodisch, lokal begrenzt und disruptiv in der Strategie.

Bestenfalls gelingt es, mit den disruptiven Taktiken den Normalbetrieb der Kommunalverwaltung zu blockieren und die Legitimität der lokalen Regierung in Frage zu stellen. Das geschah beispielsweise, als die Obdachlosen in Paris ihr Recht auf die Stadt in einer Kampagne ‚Droit au Logement' verteidigten, die in einer spektakulären Besetzungsaktion im Dezember 1994 in der Mitte des 6. Arrondissement wenige Monate vor der letzten Präsidentenwahl kulminierte (Body-Gendrot 1998).[2] Zumeist jedoch konfrontieren diese neuen Armutsbewegungen einen zunehmend unzugänglichen und eher strafenden Staat. Nur unter seltensten Bedingungen gelingt es ihnen, im Prozeß des sich zur Wehr Setzens gegen die Vertreibungsmaßnahmen, der Errichtung von Zeltstädten, der Organisierung öffentlicher Foren und der Auseinandersetzungen mit den politischen Repräsentanten, Solidarität, politisches Bewußtsein und eine organisatorische Infrastruktur zu entwickeln.

Wo politische Unterstützergruppen, die über mehr Ressourcen verfügen, sich der Probleme der Obdachlosen annehmen, oder wo professionelle Aktivistengruppen ihre Ressourcen solchen Organisationen zur Verfügung stellen, wie bspw. die Pariser Gruppen Comité des mal-logés und Association Droit au Logement, können dauerhafte und effektive Mobilisierungen erreicht werden (vgl. Péchu 1996). Wegen der zunehmenden räumlichen Konzentration von Armuts- und Stigmatisierungsphänomenen gelangen auch in Deutschland eher nordamerikanische Varianten von ‚advocacy' zur Anwendung: Sozialarbeiter versuchen bspw. über den Verein ‚Forum für Community Organizing', die territorial-bezogenen Strategien amerikanischer Stadtteilarbeit an hiesige Verhältnisse zu adaptieren (vgl. den Rundbrief FoCo - Forum für Community Organizing sowie FoCo 1996).

Auch autonome Bewegungen und antirassistische Initiativen skandalisieren die Produktion der neuen Armut und Obdachlosigkeit (während sie gleichzeitig gegen ihre eigene Vertreibung aus den besetzten Häusern und ‚befreiten Gebieten der Stadtzentren mobilisieren). Antirassistische Initiativen haben sich in letzter Zeit auch in Deutschland gebildet - in Reaktion auf die zunehmenden Polizei-Razzien, die zur ‚Säuberung' der Innenstadt-Zitadellen von Immigranten und Armen durchgeführt werden. Beispielsweise hat der Berliner Senat 14 Gebiete zu Gefahrenzonen' deklariert, von wo ‚verdächtig aussehende' Personen ohne weiteren Grund entfernt werden können. Gegen solche Praktiken haben die neu gebildeten Initiativen Protestdemonstrationen, Rechtshilfe und Öffentlichkeit organisiert. Im Juni 1997 und im Juni 1998 fanden in einer Reihe von Städten der BRD und der Schweiz ‚Innenstadt-Aktionswochen' statt, mit denen ein breiteres öffentliches Bewußtsein über diese Vertreibungspraktiken hergestellt und öffentlicher Druck dagegen intensiviert wurde (Rada 1997; Rübsam 1997; Küppers 1998; diskus 1998).

Die neuen Arbeitsmarktbedingungen und der Wechsel von sozialen Wohlfahrtspolitiken zu eher strafenden ‚workfare'-Politiken haben die städti-

sehen Bewegungsszenen auf eine weitere, signifikante Weise beeinflußt. Nicht nur sind neue Organisationen von und für Obdachlose entstanden, auch die Anzahl und Art von Institutionen und Projekten, die die Marginalisierten b e - dienen', haben sich vervielfacht, viele davon im Rahmen von Kommunal- programmen, die die Reformenergie von Stadtteil- und Bewegungsgruppen nutzen (siehe 2.1). So mehren sich bspw. Bemühungen aus den Kommunal- verwaltungen, Ansätze von integrierter Kommunalpolitik zu entwickeln, um der kleinräumigen Konzentration von sozialen Problemlagen besser begegnen zu können (siehe z.B. Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen 1997). Diese Ansätze integrierter Stadtteil- entwicklung betonen die Inklusion von stadtteilverankerten Gruppen und das Handeln vor Ort in lokalen Partnerschaften genauso wie die Unterstützung von ökonomischen und sozialen Selbstorganisationsprozessen (vgl. Kürpick/ Weck 1998).

Bewegungsgruppen, die von solchen Programmen mehr oder weniger stark profitieren, versuchen nicht nur, die Desintegrationsprozesse, denen gegen- über traditionelle staatliche Programme hilflos sind, auszubalancieren oder zumindest abzumildern; häufig entwickeln sie auch innovative Strategien, die direkt auf die neuen gesellschaftlichen Spaltungen reagieren. Beispiele sind Stadtteilgruppen und freie Träger wie L.I.S.T/Zukunft Bauen in Berlin, die Arbeitsmarktrealitäten und soziale Zielsetzungen zum Beispiel über Berufs- hilfebetriebe in der Gastronomie und Sanierung verbinden (Zukunft Bauen 1994:12). Andere Organisationen betreuen Tauschringe, unterhalten Stadtteil- betriebe oder initiieren Beschäftigungsgesellschaften (v.a. für personennahe Dienste),[3] wieder andere befördern Existenzgründungen ‚in ungewöhnlichen Tätigkeitsfeldern'.[4] Obendrein führen seit einigen Jahren ‚Hilfe zur Arbeit'- Programme in immer mehr deutschen Städten nicht nur Privatunternehmen, sondern auch Service-Gesellschaften und freien Trägern vermittelbare Sozialhilfeempfänger als Arbeitskräfte für einen expandierenden ‚sozialwirtschaftlicheri Bereich zu (vgl. Voß 1997).

Die spezifische Ausrichtung dieser Programme und die von ihnen geför- derten neuen Kooperationsformen produzieren allerdings auch, vor allem in Stadtteilen ‚mit besonderem Erneuerungsbedarf' (vgl. Froessler u.a., 1994, Lang 1994), immer stärkere Ähnlichkeiten mit solchen in sog. Entwicklungsländern. In beiden Situationen erscheinen nicht-staatliche Gruppen (NGOs) geeigneter als staatliche Behörden, um gesellschaftliche Desintegrationsprozesse aus- zubalancieren bzw. zu mildern; in beiden Situationen wird im Versuch, soziale Zielsetzungen mit Arbeitsbeschaffung zu kombinieren, zunehmend auf den informellen Sektor gesetzt bzw. wird mit Mikro-Finanz-Arrangements eine neue Form von Gemeinwirtschaft zu etablieren versucht. In beiden Fällen ist viel von ‚empowerment' und anderer Fortschrittsrhetorik die Rede, obwohl die jeweiligen NGOs ausgesprochen funktional sein können für die neoliberale Deregulierung kollektiver Wohlfahrt und sozialer Sicherung und die Privatisierung sozialer und ökologischer Probleme.

3 Probleme und Perspektiven der städtischen Bewegungen

Sicherlich müssen die spezifischen sozialräumlichen Kontexte, die unterschiedliche Städte für die heutigen Bewegungen darstellen, sowie deren Konsequenzen für die Dynamik und das Entwicklungspotential städtischer Bewegungen genauer differenziert werden. Die neue internationale Arbeitsteilung sowie neue globale städtische Hierarchien haben Urbanisierungsmuster hervorgebracht, die sich von denen der fordistischen Ära grundlegend unterscheiden. Die neuere Stadtforschung ist damit beschäftigt, diese neu entstandenen Strukturdifferenzen innerhalb eines ‚Städtesystems' zu analysieren und hat unterschiedliche Ansätze zu ihrer Erklärung entwickelt. Krätke bspw. erklärt die verschiedenen sich herausbildenden Stadttypen als Prozeß ökonomisch-funktionaler Hierarchisierung (Krätke 1995: 126), Logan und Molotch erklären sie als ungleiche Konzentration unterschiedlicher Rollen und Funktionen innerhalb eines transnationalen Systems (Logan/Molotch 1987: 258), die ‚global city'-Literatur dagegen verweist auf die Polarisierung zwischen den organisierenden Knotenpunkten der globalen Ökonomie und ihnen untergeordneten Städten. Obwohl die Erklärungsansätze variieren, ist doch deutlich, daß die unterschiedlichen Stadttypen von jeweils unterschiedlichen Konfliktmustern und entsprechend verschiedenen Bewegungstypen geprägt sind und daß das relativ homogene Konfliktmuster, das für die fordistische Phase charakteristisch war, in Auflösung begriffen ist.

Städte an der Spitze der globalen Hierarchie bilden besonders ausgeprägte Konfliktlagen entlang der Internationalierung ihrer Arbeiterklassen und Wohnviertel und der Prekarisierung neuer, vor allem von Migranten genutzter Arbeitsverhältnisse aus. Gleichzeitig befördert bereits die Größe und Anziehungskraft solcher metropolitanen Regionen die Entstehung einer kritischen Masse, welche Voraussetzung für die Herausbildung von Bewegungsmilieus und die Konstruktion kollektiver Projekte und Identitäten ist. Hier häufen sich Bewegungen gegen die auf globale Headquarter bezogene Innenstadtentwicklung genauso wie verschiedene Varianten der neuen Armutsbewegungen.

‚Alte', von Deindustrialisierung erfaßte Städten dagegen erfahren eher Auseinandersetzungen um Fabrikschließungen bzw. um neue Beschäftigungsmöglichkeiten und, je nachdem mit welchem Profil die Stadt sich in der neuen Städtehierarchie zu positionieren versucht, mehr oder weniger enge Kooperationsbeziehungen zwischen Kommune und Stadtteilgruppen. Städte, die sich als ‚Innovationszentren' (Logan/Molotch 1987: 267ff) in der neuen Städtehierarchie zu plazieren suchen, provozieren mit dieser Strategie häufig Umweltproteste oder Bewegungen gegen zu rapides Wachstum. Obgleich solche und weitere unterschiedliche Bewegungsschwerpunkte bei weitem nicht adäquat erforscht sind, erlaubt die hier vorgestellte Skizze von Veränderungen städtischer Bewegungen und ihrer Charakteristika in der aktuellen Periode doch einige vorläufige Schlußfolgerungen über ihre Rolle und zukünftige Handlungsmöglichkeiten.

Der im Abschnitt 2 dargelegte Überblick macht deutlich, daß aktuell eine Bandbreite von Bewegungen im städtischen Terrain aktiv ist, die gelegentlich auf überlappender sozialer Basis operieren, aber in bezug auf Organisationsweise, Ziele und Taktiken meist eigenen, klar unterschiedenen Mustern folgen. Interaktionen und Koalitionen zwischen unterschiedlichen Bewegungen sind dabei von enormer Bedeutung für die Effekte, die diese Akteure auf die Gestaltung ihrer jeweiligen Stadt erzielen können. Dieser Zusammenhang wird von der neueren internationalen stadttheoretischen Literatur, die äußerst nützliche Analysen zu den verschiedenen Restrukturierungsprozessen der Stadt vorgelegt hat, meist unterbelichtet: Die meisten Stadtforscher erfassen, wenn sie die Konfliktlinien und Formen politischer Aktion in den von ihnen unter- suchten Städten ins Visier nehmen, lediglich einen bestimmten Typ von Bewegungsaktivität und ziehen daraus verallgemeinernde Folgerungen.[5] So betont bspw. Saskia Sassen die ‚Präsenz' und das Anwachsen der politischen Repräsentationsmacht, die (immigrierte) Marginalisierte in ‚Weltstädten' inzwischen erlangt haben, während David Harveys aktuelle Arbeiten Kampagnen (wie die Living Wage Campaign) von sozial- und beschäftigungspolitisch orientierten Stadtteilgruppen hervorheben (z.B. Harvey 1998). Transportieren diese beiden Stadtforscher ein eher optimistisches Bild von der Rolle der städtischen Bewegungsakteure, so entwirft Mike Davis ein ausgesprochen düsteres Bild, indem er sich auf die Mobilisierung von Besitzern von Eigentumswohnungen konzentriert, die die Exklusivität ihrer Stadtteile und den Wert ihrer Eigenheime verteidigen. Für wieder andere Stadtforscher werden die städtischen Bewegungen ausschließlich von Stadtteilentwicklungsgesellschaften (z.B. Maheu/Lustiger-Thaler) oder ausschließlich von Bewegungen der Marginaliserten und Obdachlosen (Smith 1996) repräsentiert. Je nach dem Filter der jeweiligen stadttheoretischen Analyse werden aus unterschiedlichen Fragmenten der komplexen städtischen Bewegungsszenerie Verallgemeinerungen hergeleitet - Verallgemeinerungen, die allerdings irreführend sind.

Während Stadtforscher Schwierigkeiten haben, die komplexe und heterogene Bewegungsszene in den Städten der 90er Jahre adäquat zu reflektieren, machen Bewegungsforscher eher die Umwelt-, Frauen-, Friedens- oder Menschenrechtsbewegungen zu ihren Forschungsobjekten als städtische Bewegungen. Im Maß wie lokale oder städtische Bewegungen als solche analysiert werden, interessiert hier eher ihr jeweiliger einmaliger lokaler Charakter und nicht die Muster und Rollen, die möglicherweise über verschiedene Städte oder sogar Länder hinweg vergleichbar oder verallgemeinerbar sein könnten (z.B. Roth 1991).

Um das breite Spektrum heutiger städtischer Bewegungen adäquat zu analysieren und ihre Effekte einzuschätzen, müssen wir uns offensichtlich sowohl auf die Ergebnisse der Stadtforschung als auch der Bewegungsforschung beziehen. Wenn man die Resultate der neueren Analysen städtischer Restrukturierungsprozesse und stadtpolitischer Veränderungen als politische Chancenstruktur' für die Interpretation der Dynamik der heutigen städtischen

Bewegungen begreift, werden die Auswirkungen der Öffnung des lokalen politischen Systems, der neuen kompetitven Formen von Stadtentwicklung und der Erosion traditioneller Sozialstaatlichkeit für städtische Bewegungen erkennbar. Innerhalb dieser Gelegenheitsstruktur wird es auch möglich, die (widersprüchliche) Rolle der heute aktiven Bewegungen zu identifizieren: Sie beeinflussen die Politikformen und Gestaltung der Stadt genauso wie die Bewegungen der 70er und 80er Jahre, indem sie gleichzeitig zur Formierung und Regulierung der Stadt beitragen und diese herausfordern. Während ihre Praxis in innovativer Stadtreparatur und ihre Einbindung in lokale Politik- und Implementationsstrukturen wohl in die Suche nach (lokal adäquaten) postfordistischen Lösungen und Arrangements passen könnten (und sie damit funktional und kooptierbar erscheinen), bleibt ihre Herausforderung undemokratischer und unökologischer Entwicklungsvorhaben ein Pfand auf ein Modell von Erste-Welt-Stadt, das sich durch offene Beteiligungsformen und nachhaltige Entwicklung auszeichnet. Um dieses Potential zu realisieren, müssen allerdings die neuen Probleme, die für die heutigen städtischen Bewegungen kennzeichnend sind, gezielt angegangen werden.

Eines dieser Probleme besteht in den neuartigen Spaltungen innerhalb des Bewegungssektors, die unter anderem Resultat der Ausweitung des städtischen politischen Systems sind, das nun zwar manche Akteursgruppen ein-, aber andere ausschließt. Die Gruppen, die in die neuen Verhandlungs- und Implementationsstrukturen aufgenommen wurden, tragen zwar dank gesicherter Ressourcen und Perspektiven zur Stabilisierung des Bewegungssektors bei, aber aufgrund ihrer Privilegien auch zu seiner Fragmentierung und Polarisierung. Vor allem seit sich diese Organisationen selbst mit massiven Kürzungen und der Umorientierung staatlicher Programme in Richtung Arbeitsmarktflexibilisierung konfrontiert sehen, hat sich die Konkurrenz um Fördermittel verschärft: Private Lobby-Strategien, um Arbeitsplätze und Zuwendungen zu sichern, ersetzen nun häufig die Herstellung von öffentlichem Druck und damit die Präsenz im öffentlichen Diskurs der Gesellschaft. Außerdem finden sich nicht wenige der alternativen Sanierungsträger oder Stadtteilentwicklungsorganisationen, die Wohnraum für untere Einkommensgruppen oder Beschäftigungsmöglichkeiten für Problemgruppen des Arbeitsmarkts bereitstellen, zunehmend kritisiert und häufig sogar attackiert von anderen Bewegungsakteuren, die die Kriterien der Wartelisten nicht erfüllen oder die lieber Häuser besetzen.

Wenn die in Revitalisierungs- und Beschäftigungsprogramme oder in sonstige Partnerschaftsarrangements einbezogenen Organisationen nicht explizit auf die Durchsetzung ihrer eigenen Ziele achten, wird ihre Energie leicht mit dem Verwalten der Beschäftigungs- und Wohnungsprobleme von Gruppen aufgebraucht, deren Marginalisierung über die normalen Marktmechanismen ansonsten den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Stadt bedrohen könnte. Viele Bewegungsorganisationen haben jedoch kaum ein Bewußtsein davon, daß offizielle Politiken zunehmend von Stadtteilgruppen,

Vereinen und anderen NGOs erwarten, daß sie staatliche Dienstleistungs- und Sozialprogramme ersetzen und als Reparatur-Netzwerk für die ökonomischen und politischen Desintegrationsprozesse, die durch die städtischen Umstrukturierungen ausgelöst wurden, fungieren.

Neben den neuen Spaltungstendenzen innerhalb des Bewegungssektors und dem Problem der möglichen Funktionalisierung besteht eine weitere neue Herausforderung im stärker werdenden Trend zur Vermarktlichung der Arbeit dieser Gruppen bzw. ihrer Unterwerfung unter ökonomische Normen, im Maß wie Finanzierungsmöglichkeiten mehr und mehr auf ‚Workfare'-Programme bzw. solche, die eine unternehmerische Ausrichtung voraussetzen, beschränkt werden. Einerseits werden Sozial- und Armutsprogramme zunehmend mit beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Institutionen verkoppelt, so daß Bewegungsorganisationen, die sich dieser Programme bedienen, neue Strategien und Standards dazu entwickeln müssen, in welcher Form und zu welchen Bedingungen sie ihre jeweilige Zielgruppe ‚in Arbeit' bringen wollen.[6] Andererseits verschiebt der Zwang, die eigene Organisation nach Marktkriterien zu effektivieren, die Prioritäten und Handlungsparameter der Gruppen. Beide Entwicklungen sind, obwohl sie in Verbindung mit der neoliberalen Wende daher kommen, in ihren Wirkungen nicht ausschließlich negativ zu veranschlagen. Allerdings ist es eine völlig neue Herausforderung für die meisten Bewegungsgruppen, die neuen Vorgaben und Programme für gesellschaftlich sinnvolle Projekte und für selbstbestimmtes Arbeiten zu nutzen.

Voraussetzung für die Bewältigung dieser Herausforderung ist, die strukturell veränderten Konstellationen als solche zu erkennen und ihre spezifischen Restriktionen - aber auch die ihnen eigenen Handlungsmöglichkeiten - zu identifizieren. So gewähren bspw. die eroberten Positionen und neuen institutionellen Zugänge auch Möglichkeiten, um die sich neu stellenden Probleme anzugehen. Die gewachsene Rolle lokaler Politik und die gleichzeitige Einbindung diverser nicht-staatlicher Akteure inklusive ehemaliger Bewegungsorganisationen in die lokale Politik haben wichtige Kanäle und Zugänge eröffnet - für jene Kräfte unter den städtischen Bewegungen, die in der Lage sind, diese zu ergreifen und ihre Ambivalenz auszutesten. Die Herausforderung besteht jedoch darin, diese neuen Wege nicht bloß zur Verteidigung einzelner bedrohter Privilegien und partikularer Defensivräume zu nutzen, sondern sie für den umfassenden und komplexen Kampf für eine demokratische, ökologische und soziale Stadt nutzbar zu machen.

Von manchen Stadt/Bewegungs-Forschern wird dieser Kampf als Auseinandersetzung zwischen globalen Eliten und lokalen Gemeinschaften konzipiert, reduziert auf den simplen Antagonismus zwischen fernen übermächtigen Kräften (globales Kapital etc.) und den ‚guten' lokalen Betroffenen (z.B. Castells 1994: 30; Castells 1997: 61ff). Eine solche idealisierte Sicht lokaler Bewegungen war allerdings schon in den 70er Jahren, als das Gros der städtischen Bewegungen noch Teil einer breiteren Bewegung gegen sich auswei-

tende Herrschaftsformen war, problematisch. Die heutigen lokalen Bewegungen können ganz sicher nicht umstandslos auf der Positiv-Seite einsortiert werden, sind sie doch höchst differenzierte Produkte der jüngsten Wandlungen der Stadtpolitik. Sowohl ihre Ausbreitung als auch ihre Fragmentierung lassen sich mit den drei neuen Trends in der Stadtpolitik erklären. Sie sind selbst widersprüchliche und komplexe Teilnehmer an der Gestaltung der Stadt und müssen sich sowohl der neuen Fragmentierung innerhalb des städtischen Bewegungssektors als auch den massiven Ausgrenzungs- und sozialen Desintegrationsprozessen stellen, die zunehmend städtisches Leben charakterisieren. Häufig wollen die inzwischen professionalisierten, institutionalisierten oder ‚unternehmerischen' Bewegungsorganisationen, die jetzt von der formalisierten Zusammenarbeit mit dem lokalen Staat profitieren, nichts mit jungen Besetzergruppen oder kulturellen Aktivisten zu tun haben. Weil sie mit den Modalitäten und Auflagen der neuen Finanzierungsstrukturen beschäftigt sind, wächst ihre Distanz zu neuen ausgegrenzten und diskriminierten Gruppen, deren eigene Widerstandsformen keinesfalls automatisch zu breiter Unterstützung und nachhaltiger Mobilisierung führen. Es wird des- halb besonders wichtig, daß diejenigen Teile des Bewegungssektors, die über einigermaßen Stabilität, Zugänge, Ressourcen und Netzwerke verfügen, einen Teil ihrer Energie dem Aufbau eines politischen und gesellschaftlichen Klimas widmen, in dem auch marginalisierte Gruppen sichtbar und artikulationsfähig werden können.

Nur wenn es den verschiedenen Bewegungen gelingt, zu kooperieren und die der post-fordistischen Stadt immanenten gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse zu politisieren, wird der Kampf um eine gerechte, nachhaltige und demokratische Stadt eine Chance haben. Wo Bewegungsakteure ihre neuen Abhängigkeiten (von Staat und Markt) konstatieren und transparent machen, können sie auch die unter den heutigen Bedingungen existierenden Chancen und Möglichkeiten identifizieren. Wo es Bewegungsakteuren gelingt, die Mittel und die Stabilität der ressourcenreichen Bewegungen in Unterstützung für die prekarisierten Bewegungsgruppen zu transformieren, können verschiedene Teile des Bewegungssektors sich gegenseitig stärken. Unter solchen Bedingungen können die existierenden Möglichkeiten - bis hin zu ‚Hilfe zur Arbeit' oder Armutsprogrammen - genutzt werden, um die Ausgrenzung, Marginalisierung und Diskriminierung, die den neuen Armutsbewegungen zugrunde liegen, zu attackieren und zu begrenzen.

Anmerkungen

1 Defensive Mobilisierungen, die eine angestammte Umgebung verteidigen, umfassen ein breites Spektrum: Von Mobilisierungen gegen Straßenbaupläne, gegen Durchgangsverkehr oder gegen umweltverschmutzende Industrien am einen Ende des Spektrums, wo inzwischen mehr und mehr Gruppen und Organisationen in Lokale Agenda 21-Kampagnen eingebaut und dadurch breiter vernetzt werden, bis hin zu solchen, die eher für privatistische und ausschließende Interessen mobilisieren. Anti-Gentrifizierungs-Kämpfe finden vor allem in Großstädten wie New York, Paris, Amsterdam und Berlin statt.

2 Wegen der Expansion des Finanzsektors und von Bürogebäuden wurden Gebäude, die für Wohnraum hätten nutzbar gemacht werden können, vernichtet.

3 Z.B. das Kommunale Forum Wedding, siehe taz (9.3.1998: 22): „Vom roten zum sozialen Wedding. Am Wochenende präsentierte sich das Kommunale Forum Wedding als innovativer Ideengeber und Moderator sozialer Netzwerke".

4 Z.B. Workstation e.V, ein Berliner Projekt der WochenKlausur: Initiiert von einer Wiener Künstlergruppe, die seit 1993 die institutioneilen Möglichkeiten der Kunst nutzt und ihr Potential zur Verbesserung und Veränderung der Lebensbedingungen Benachteiligter einsetzt. Sie will auf Einladung der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst und des Kunstamtes Kreuz- berg in Zusammenarbeit mit Erwerbslosen offensiv neue, maßgeschneiderte Arbeitsplätze entwickeln (WochenKlausur 1996:15).

5 Ich beziehe mich hier auf nordamerikanische Literatur, da deutsche Stadtforscher in ihren Analysen städtischer Umstrukturierungsprozesse die Rolle von Bewegungen kaum thematisieren. Eine Ausnahme stellten Krämer-Badoni (1990) und Krämer-Badoni/Söffler (1994) dar, deren Fokus allerdings exklusiv auf Mittelklasse-Bewegungen liegt.

6 Noch ist unter den Bewegungsgruppen völlig umstritten, ob Arbeit als Zwang oder als elementarer Teil sozialer Bürgerrechte gelten soll. Gruppen, die sich der (‚gesellschaftlich nützlichen') Arbeitsplatzbeschaffung verschrieben haben, dethematisieren Forderungen nach Arbeitsreduzierung und Begrenzung der Arbeitszeit - aber können in ihrer Praxis durchaus die paternalistisch-konservative oder repressive Logik staatlicher Programme herausfordern und akzeptablere Standards einklagen.

Literatur

Adam, Brigitte 1997 (ITg.): Neue Verfahren und kooperative Ansätze in der Raumplanung. Raumplanung spezial.

Amin, Ash/ Cameron, Angus/ Hudson, Ray 1998: Welfare to Work or Welfare as Work? Combating Social Exclusion in the UK, unveröff. Ms.

Bartelheimer, Peter/ von Freyberg, Thomas 1997: Neue Bündnisse in der Krise der sozialen Stadt - Das Beispiel der Sozialpolitischen Offensive Frankfurt. In: Walter Hanesch (Hg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen: Leske+Budrich.

Blum, Elisabeth 1996 (Hg.): Wem gehört die Stadt? Armut und Obdachlosigkeit in den Metropo- len. Basel: Lenos.

Body-Gendrot, Sophie 1998: Marginalization and Political Responses in the French Context. In: P Hamel/ H. Lustiger-Thaler/ M. Mayer (Hg.): Urban Fields/Global Spaces. The Phenomenon of Urban Movements in a Global Environment. London: Sage.

Breckner, Ingrid/ Kerscher, Karola 1994 (Hg.): Armut und Wohnungsnot. Von der Ohnmacht zu praktischen Handlungsalternativen. Münster: Votum.

Bühler', Theo 1997 (Hg.): Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Castells, Manuel 1994: European Cities, the Informational Society, and the Global Economy. In: New Left Review, 204,18-32.

Castells, Manuel 1997: The Power of Identity. Bd. II von: The Information Age: Economy, Society and Culture. Oxford: Blackwell.

Catterall, Bob et al. 1997: The Third Sector, Urban Regeneration and the Stakeholder Society. In: City 5/6, 86-97.

Davis, Mike 1990: City of Quartz. London: Verso.

diskus 1998: Bahnhöfe und Innenstadt. In: diskus 47. Jg., Nr 1+2, Mai 1998, 29-40.

Ettlinger, Nancy 1994: The localization of development in comparative perspective. In: Economic Geography, 70/2,144-66.

Farwick, Andreas 1998: Soziale Ausgrenzung in der Stadt. In: Geographische Rundschau 50/3, 146-154.

Fehse, Wilhelm 1995: Selbsthilfe-Förderung – ‚Mode' einer Zeit? Eine Prozeß- und Strukturanaly-

se von Programmen zur Unterstützung von Selbsthilfeaktivititäten. Frankfurt: Lang.
FoCo 1996 (Hg.): Forward to the Roots... Community Organizing in den USA - eine Perspektive für Deutschland? Bonn: Stiftung Mitarbeit.
Forschungsjournal NSB 4/1990: Großstadt und neue soziale Bewegungen, Jg. 3, Heft 4.
Froessler, Rolfetal. 1994 (Hg.): Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten. Basel: Birkhäuser.
Hall, Tim/ Hubbard, Phil 1998 (eds.): The Entrepreneurial City. Geographies of Politics, Regime and Representation. Chichester: Wiley & Sons.
Hanesch, Walter et al. 1994 (Hg.): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
Hanesch, Walter 1997 (Hg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen: Leske + Budrich.
Harvey, David 1998: The Work of Postmodernity: The Laboring Body in Global Space. In: INURA (Hg.): Possible Urban Worlds. Basel: Birkhäuser.
Keating, Michael 1993: The Politics of Economic Development: political change and local economic development policies in the United States, Britain, and France. In: Urban Affairs Quarterly 28/3, 373-96.
Klagge, Britta 1998: Armut in westdeutschen Städten. In: Geographische Rundschau 50/3, 139- 146
Krämer-Badoni, Thomas 1990: Die Dethematisierung des Sozialen - Ansätze zur Analyse städtischer sozialer Bewegungen. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 3,4, 20-27.
Krämer-Badoni, Thomas/ Söffler, D. 1994: Die Rolle der städtischen Bürgerinitiativen in Westdeutschland und Ostdeutschland bei der Ausprägung lokaler Demokratie. Universität Bremen, Working Papers of the ZWE Arbeit und Region, Nr. 13.
Krätke, Stefan 1995: Strukturwandel der Städte. Städtesystem und Grundstücksmarkt in der ‚postfordistischen' Ära. Frankfurt: Campus.
Küppers, Kirsten 1998: Innenstadtaktionstage 98 gegen Privatisierung und Sicherheitswahn. In: tageszeitung, 31. Mai 1998,27.
Kürpick, Susanne/ Weck, Sabine 1998: Policies against Social Exclusion at the Neighborhood Level in Germany. The Case Study of Northrhine-Westphalia. In: Madanipour, Ali et al. (ed.): Social Exclusion in European Cities. London: Jessica Kingsley Publ.
Lang, Sabine 1995: The NGOization of Feminism. In: Scott, Joan W./Caplan, Cora (eds.): Transit- ions, Environments, Translations. Feminisms in International Politics. New York: Routledge, 101-120.
Lipietz, Alain 1996: The Third Sector: Resolving the Crisis of the Welfare State. In: City 1-2, 141- 152.
Logan, John R./Molotch, Harvey L. 1987: Urban Fortunes. The Political Economy of Place. Berkeley: University of California Press.
Lustiger-Thaler, Henri/ Maheu, Louis 1995: Social Movements and the Challenge of Urban Politics. In: Maheu, Louis (ed.): Social Movements and Social Classes. London: Sage, 151-168.
Mayer, Margit 1987: ‚Staatsknete' und neue soziale Bewegungen. In: Kreuder, Th./ Loewy, H. (Hg.): Konservativismus in der Strukturkrise. Frankfurt: Suhrkamp.
Mayer, Margit 1994: Post-Fordist City Politics. In: Ash, Amin (ed.): Post-Fordism. Oxford: Blackwell, 316-39.
Mette, Norbert/ Steinkamp, Hermann 1997 (Hg.): Anstiftung zur Solidarität. Praktische Beispiele der Sozialpastoral. Mainz: Matthias-Grünewald Verlag.
Pechu, Cecile, 1996: Quand les ‚exclus' passent ä Faction. Ma mobilisation des mal-loges. In: Politix 34,114-133.
Pohl, Gerd/ Schäfer, Claus 1996 (Hg.): Niedriglöhne. Die unbekannte Realität: Armut trotz Arbeit. Hamburg: VSA.
Rada, Uwe 1997: Die City ist nicht für alle da. Bettler sollen raus aus den Innenstädten - gegen diesen Trend kämpfen politische Initiativen mit einer ‚Aktionswoche' in mehreren Städten. In: tageszeitung, 31. Mai 1997.

Rein, Harald 1997: Die ‚Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut' und deren Forderung nach Existenzgeld. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Jahrbuch '96/97. Sensbachtal: Komitee.

Roth, Roland 1991: Frankfurt am Main. Skizzen zu einer Bewegungsmetropole. In: Brauerhoch, Frank-Olaf (Hg.): Frankfurt am Main. Stadt, Soziologie und Kultur. Frankfurt/M.: Vervuert.

Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Bonn: Bund.

Rucht, Dieter! Blättert, Barbara/ Rink, Dieter 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel alternativer' Gruppen in beiden Teilen Deutschlands. Frankfurt: Campus.

Rübsam, Jens 1997: Gegen den Sauberkeitswahn was Politisches. In: tageszeitung, 5. Juni 1997,23.

Sassen, Saskia 1995: Wirtschaft und Kultur in der Global City. In: Forum Wissenschaft 12/2 (Juni), 6-11

Sassen, Saskia 1998: Globalization and its Discontents. New York: The New Press.

Schmid, Josef 1998: Vom Sozialstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Institutioneller Wandel in der Sozialpolitik. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 11,2,25-37.

Seile, Klaus 1991: Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Beobachtungen aus sechs Ländern. Dortmund/Darmstadt: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

Smith, Neil 1996: The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City. London & New York: Routledge.

spacelab 1997: Macht und Raum. Zu postfordistischen Territorial- und Kontrollstrategien. In: Widersprüche, Jg. 17, Heft 66,129-150.

Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen 1997: Ansätze integrierter Kommunalpolitik. Weiterentwicklung der Ansätze neuer sozialer Kommunalpolitik. Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung Nr. 90.

Stiftung Mitarbeit 1995 (Hg.): Engagement gegen soziale Not. Organisationen und Bürgerinnenbewegungen gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot und Sraffälligkeit. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Storper,Michael! Scott, Allen J. 1995: The Wealth of Regions: Market Forces and Policy Imperatives in Local and Global Context. In: Futures, 27/5, 505-526.

Voß, Brigitte 1997: Gemeinwesenökonomie als Strategie gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung. In: Widersprüche, Jg. 17, Heft 65.

WochenKlausur 1996: Workstation, vervielfältigtes Manuskript.

Zukunft Bauen et al. 1994: Zukunft Bauen 1993-1994. Berlin: Geisel Druck.